

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849**

30.9.1849 (No. 233)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 30. September.

N. 233.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.  
Einschickungsgebühr: die gehaltene Zeitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Karlsruhe, 29. September.

Das gestern erschienene Regierungsblatt Nr. 61 enthält nachstehende provisorische Gesetze:

Provisorisches Gesetz, das bei den Kriegsgerichten einzuhaltende Verfahren betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden  
Großherzog von Baden, Herzog von Jähningen.

Nach Anhörung Unseres Staatsministeriums haben Wir hinsichtlich des bei den Kriegsgerichten einzuhaltenden Verfahrens beschloffen, und verordnen provisorisch, wie folgt:

§. 1.

Sobald die Voruntersuchung geschlossen ist, legt der Auditor die Akten dem Kriegsministerium mit einer kurzen Zusammenfassung der Anschuldbungs- und Entschuldigungsbeurtheilungen und der Beweise für solche, nebst bestimmtem Urtheilsantrag unter Anführung der denselben begründenden Gesichtspunkte vor.

Es ist ihm gestattet, in Bezug auf mehrere bei der nämlichen verfahrensmässigen Handlung beteiligte Angekuldigte, z. B. die Mannschaft einer Kompanie u. s. w., einen Kollektivantrag zu stellen.

§. 2.

In der Voruntersuchung, welche möglichst kurz und bündig zu führen ist, unterbleibt in allen Fällen das bisher übliche Schlussverhör. Dagegen ist dem Angekuldigten am Schlusse der Unternehmung zu eröffnen, daß er bei der Verhandlung vor dem Kriegsgericht in Begleitung eines Verteidigers erscheinen oder die Bestellung eines solchen bei dem Kriegsgericht sich erbitten könne. Seine darauf abgegebene Erklärung ist in das Protokoll aufzunehmen.

§. 3.

Die Untersuchungsakten werden sofort an ein Kriegsgericht zur Urtheilung abgegeben.

Die Mitglieder dieses ernannt das Kriegsministerium nach den bereits bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

§. 4.

Der Vorsitzende des Kriegsgerichts ernennt die Urtheilsschöffen an, veranlaßt die Mitglieder desselben, so wie den Auditor, welcher die Unternehmung geführt hat, sich zu dieser einzufinden, und label den Angekuldigten, so wie dessen erwählten oder ernannten Verteidiger dazu vor.

Ist Ersterer verhaftet, so ordnet er dessen Vorführung an.

§. 5.

Der Vorsitzende und die übrigen Mitglieder des Kriegsgerichts werden vor Beginn der ersten Sitzung, welcher sie beiwohnen, durch den Auditor dahin beauftragt:

Ihr Amt als Mitglieder des Kriegsgerichts auf den Grund der maßgebenden badischen Gesetze nach Ehre und Gewissen ohne Paß, Gunst, oder Ansehen der Person auszuüben.

§. 6.

Nach Eröffnung der Sitzung trägt der Auditor seine Zusammenfassung der Thatsachen und Beweise vor und ertheilt die erforderlichen Erklärungen.

Auf Verlangen des Angekuldigten oder Anordnung des Vorsitzenden können auch einzelne Aktenstücke vorgelesen werden.

Hierauf ist der Angekuldigte aufzufordern, seine etwaigen Gegenbemerkungen gegen die ihm zur Last gelegten Thatsachen und seine etwaigen Entschuldigungsgründe vorzubringen. Dem Verteidiger ist gestattet, nebstdem für denselben eine Vertretung in gedrängter Kürze mündlich vorzutragen.

§. 7.

Nachdem der Auditor und der Angekuldigte nebst seinem Verteidiger gehört sind, so trägt der Auditor seinen Urtheilsantrag mit den schon begründenden Gesichtspunkten vor, und gibt die dabei nöthigen Erklärungen. Sodann erfolgt in Abwesenheit des Angekuldigten und seines Verteidigers die Beratung und klaffenweise Abstimmung des Kriegsgerichts nach Maßgabe der hierüber bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

§. 8.

Das ergangene Urtheil wird von dem Auditor, welcher das Protokoll über den ganzen Akt und dabei auch eine Beurkundung der Abstimmung aufnimmt, schriftlich ausgefertigt und vor der Eröffnung in zwei Exemplaren an das Kriegsministerium eingesendet.

§. 9.

Das Kriegsministerium gibt die Befähigung des Urtheils; doch muß Unserer Genehmigung eingeholt werden,

- 1) wenn gegen einen Offizier oder Beamten mit Offiziersrang eine entsprechende Strafe,
- 2) gegen andere Militärangehörige oder Kriegsbeamte eine Zuchthausstrafe von wenigstens zehn Jahren erkannt wurde.

§. 10.

Das Kriegsministerium ist ermächtigt, die ihm zur Befähigung vorgelegten Urtheile zu mildern.

§. 11.

Das bestätigte Urtheil wird dem Angekuldigten durch den Auditor eröffnet.

Ein Rekurs gegen dasselbe findet nicht statt, ausgenommen, wenn derselbe auf die Berichtigung wesentlicher Vorschriften des Verfahrens vor dem Kriegsgericht gebaut wird.

In jedem Fall muß die Rekursbeschwerde mit Bezeichnung der Gründe innerhalb acht Tagen von der Verkündung des Urtheils an ausgeführt werden. Dasselbe hat jedoch keine aufschiebende Wirkung.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 21. September 1849.

Leopold.

A. v. Roggenbach.

Auf allerhöchsten Befehl  
Sr. Königl. Hoh. des Großherzogs:  
Schunggart.

Provisorisches Gesetz, die Zusammenfassung eines außerordentlichen Ehrengerichtes betreffend.

Leopold, von Gottes Gnaden  
Großherzog von Baden, Herzog von Jähningen.

Nach Anhörung Unseres Staatsministeriums haben Wir beschloffen und verordnen provisorisch, wie folgt:

Art. 1.

Das außerordentliche Ehrengericht, welches nach §. 2 Unserer Verordnung vom 14. Juli d. J., Regierungsblatt Nr. 39, über die Offiziere und Kriegsbeamten Unseres aufgelösten Armeekorps zu ernennen hat, soll aus folgenden Mitgliedern bestehen:

1. Generalmajor als Vorstand,
2. Generalmajor,
2. Obersten,
4. Oberleutnants oder Majors,
2. Hauptmännern oder Rittmeistern,
2. Oberleutnants,
2. Leutnants.

Art. 2.

Die Mitglieder des Ehrengerichtes können zur Hälfte aus dem Armeekorps eines andern deutschen Bundesstaates genommen werden.

Der Vorsitzende wird von Uns ernannt.

Art. 3.

Das außerordentliche Ehrengericht hat die gleiche Zuständigkeit, welche durch den Art. 5 des Gesetzes vom 31. Dezember 1831, Regierungsblatt 1832, Nr. 4, den gewöhnlichen Ehrengerichten übertragen ist.

Art. 4.

Das Kriegsministerium gibt die näheren Vorschriften über die Zusammenfassung des außerordentlichen Ehrengerichtes und das Verfahren vor demselben im Wege der Vollzugsverordnung.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium den 21. September 1849.

Leopold.

A. v. Roggenbach.

Auf allerhöchsten Befehl  
Sr. Königl. Hoh. des Großherzogs:  
Schunggart.

(Die in demselben Regierungsblatt enthaltene Vollzugsverordnung zu diesem Gesetze werden wir in der nächsten Nummer nachtragen.)

Karlsruhe, 29. September.

Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 62 enthält folgende Dienstaufträge:

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 21. September d. J. Allerhöchste Bewogen gefunden,

den Legationsrat Dr. v. Lütke als Mitglied des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten anzustellen;

dem Geh. Kabinettssekretär Mittel den Charakter und Rang eines Legationsrates, und

dem Geh. Kabinettsregistrator Schmidt den Charakter und Rang eines Hofrates zu verleihen;

den bisherigen Expeditor bei dem groß. Oberhof-Verwaltungsrathe, Adolph Dackert, in der gleichen Eigenschaft eines Expeditors bei

Hochherzoglichen Kabinet anzustellen;

den Hofgerichts-Assessor August Lamey in Mannheim, seinem Ansuchen gemäß, aus dem groß. Staatsdienste zu entlassen;

den Stationskontrollleur Friedrich Rißhaupt in Köln zum Assessor bei der Regierung des Mittelrheinkreises zu ernennen;

den Bezirks-Baumeister Rief von Bruchsal nach Emmendingen zu versetzen und die hiedurch in Erledigung kommende Bezirks-Bauinspektion Bruchsal dem Baupraktikanten Dünzinger unter Ernennung zum Bezirks-Baumeister zu übertragen;

den Oberinnehmer Haager in Weinheim als Revisor zu der Oberrechnungskammer zu versetzen;

die erste Lehrstelle an dem Gymnasium in Bruchsal dem Professor Scherm am Lyzeum in Freiburg zu übertragen;

den Lehrer Reinhard am Lyzeum in Freiburg zum Professor zu ernennen;

den Professor Weber am Gymnasium zu Bruchsal an das Gymnasium in Laubersbühlhofshaus,

den geistlichen Lehrer Eder am Lyzeum in Heidelberg an das Gymnasium in Offenburg, und

den geistlichen Lehrer Abele am Gymnasium in Donaueschingen an das Lyzeum in Heidelberg zu versetzen.

Blicke auf die badisch-pfälzische Revolution.

Die sich allmählig ansammelnde demokratische Literatur über die glorreiche Revolution hat das Eigentümliche, daß sie insgesammt mit den schärfsten und bittersten Urtheilen über die guten Demokraten gefüllt ist, welche bei dieser Revolution thätig waren. Sich selbst und einige nähere Kampagne nimmt natürlich Jeder von dem gefällten Verdammungsurtheil aus; die übrigen Demokraten aber, sowohl

die Leithammel als die Heerde, würdigt er ganz so, wie sie andern Leuten erschienen sind, und übergibt Dies in den schonungslofen Ausdrücken der Deffentlichkeit. Mieroslawski wirft den Soldaten ihre zuchtlose Anarchie vor, Friedrich Hecker rümpft in aristokratischem Dünkel die Nase über das „Volk“, Brentano deckt ohne Mitleid die Bornirtheiten und die schmutzigen Motive auf, die ihm seine Partei verleiden mußten, — und so Einer nach dem Andern. Addirt man alle diese Urtheile, so ist das Fazit eine Verurtheilung der Demokraten und der Demokratie. Wo sich einer vertheidigt, ist seine Stimme 1 gegen 100; wo er die andern Demokraten angreift, stimmen 100 gegen 1 zusammen, und die Demokratie findet sich durch ihren eigenen Grundsatz verurtheilt: durch den Grundsatz, daß die Majorität souverän ist.

Einen neuen Beitrag zu dieser Literatur liefert eine Schrift, in der sich über die badischen Volksfreunde und ihre Anhänger unter Anderem folgende Stelle findet:

Am unausgesprochenen kamen mir die durch die neue Freiheit nur passiver gewordenen, legionenweise geschaarten Bierpflücker und die politischen Intraganten vor. Diese Rangläufer rei nach kleinen Zielen, dieses Scheitliche Vorbringen, dieses intrigante Dyrten hinter dem Rücken, dieses eppemere Claquemachen für lokale oder persönliche Erbarmlichkeiten, diese kleinliche Aufgeblasenheit wegen der unbedeutendsten Funktionen, dieses arrogante Wichtigthum bei öffentlichem Auftreten ist etwas so Widerwärtiges, daß es einem die ganze Politik verleidet könnte. Dabei diese winzigen Maßstäbe der Beurtheilung, und dieser Mangel an Sinn und Verstand für einen größeren Willen, wobei ein Mensch, der sich nicht auf alle kleinen Standpunkte einzulassen versteht, sich entweder ganz isolirt fühlt oder gegen seine Umgebung bei der besten Absicht in eine feindliche Stellung geräth. Der edelste Wille ist in Gefahr, sich die gemeinsten Motive untergeschoben zu sehen, und die gemeinsten Intraganten und Schwäger sind oft die gefeiertsten „Volksfreunde“. Die rationalste Behauptung wird befeitigt durch den Pohn der Bekandlosigkeit, und die bornirte Suffizienz kann sich als angekaunte Weltweisheit breit machen. Dies sind einige Pinselstriche zu dem Bilde, welches in meiner Erinnerung die dominirende Masse Derer zurückgelassen, in welchen ich nach etwa fünfjähriger Abwesenheit in Baden meine Landleute repräsentirt gesehen.

Man muß gestehen, Dies ist ein Guß scharfer Lauge über die Bestandtheile der „glorreichen Revolution des badischen Volkes.“ Und von wem glaubt man, daß dieser Guß ausgegangen? Von Karl Heizen, dem Patrioten, für welchen dieselben Patrioten, denen er jetzt so unanfs mißspiel, so manchen Bagen in die Hände des „Vaters Isstein“ zusammengesteuert haben. Aber freilich, Hr. Heizen ist auch in der badisch-pfälzischen Revolution Nichts geworden; er hat sich „vergeblich nach einem entsprechenden Wirkungsfreie umgesehen“; er hat „auch hier keine Stellung und keine Existenz gefunden.“ Hienach war die Revolution nicht revolutionär, Brentano ein Halber, wo nicht ein Verräther, die anmaßlichen Führer Dummköpfe, und das Volk — so, wie er es oben schildert; es war kein Terrorismus da, keine revolutionäre Polizei mit Striden und Spiondienst, kein Angriff auf das Eigenthum; kurz, es war kein Saft und keine Kraft in der Sache, und wenn „ein Revolutionär von Scharfblick, Verstand, und Charakter“ an die Spitze gekommen wäre, nämlich Hr. Karl Heizen, so hätte „sein erster Gedanke Narrenhaus, Kasematten, und Hüßladen seyn müssen.“

Wie Heizen „durch die Offenherzigkeit eines Regierungsmitgliedes, eines Mannes von mehr Gutmüthigkeit als politischer Begabung“, erfuhr, war sein Zornwüth mit dem erwarteten Hecker schuld, daß er „keine Stellung finden“ konnte. Genug, er brachte es zu Nichts. In Folge eines ihm gewordenen Auerbietens schrieb er Artikel in die Karlsruher Zeitung, welche übrigens „täglich die Jenur Brentano's oder Anderer passiren mußte“, gab diese Mitwirkung aber bald wieder auf, weil sie ihm unter solchen Umständen „drückend“ war. Die einzige „Stellung“, die man ihm sonst anbot, scheint eine Stellung vor dem Feinde gewesen zu seyn, und es ist ergötzlich zu lesen, in welcher Weise er seine Ablehnung erzählt:

Bei diese Uebersticht meiner Bemühungen in Baden gelesen, wird wissen, warum ich dort Nichts leisten konnte, und mir nicht abel deuten, daß ich einwilligen die deutschen Volkstiker nicht mehr mit meiner Hilfe inkommodiren will. Man kann Unanfs ertragen und Berkennung; aber es streitet gegen alle Vernunft, Menschen dienen zu wollen, welche diesen Dienst für überflüssig halten, und es streitet gegen allen Charakter, sich für Diejenigen aufzuopfern, die man verachten muß.

Was blieb mir auch noch zu thun übrig? Sollte ich mich durch Klitpulaner etwa zur Verzweiflung treiben lassen und ihnen zum Trost die Muskete nehmen, um mich für ihre Dumtheiten todtschießen zu lassen? Ich war stets gesonnen, auf einem angemessenen Posten auszuharren trotz Einem; aber ich bin nie gesonnen gewesen, mich aus Verzweiflung wegzuworfen. Jüngst fragte mich ein junger, neugeborener Deputirter in Karlsruhe mit süßsantester Ueberlegenheit: „Warum sind Sie nicht bei der Armee, Bürger Heizen?“ „Wenn ich badischer Deputirter wäre“, antwortete ich, „so würde ich gleich den ungarischen wahrscheinlich bei der Armee seyn. Aber, Bürger I., zum Korporal fühle ich mich nicht berufen.“ Es ist sehr bezeichnend, daß diese Herren, die unser einen von aller geeigneten Wirksamkeit fern zu halten suchten, ihn doch für werth hielten, sich als ordinäres Kanonensutter für sie in den Riß zu stellen. Ich will Diejenigen nicht tadeln, welche sich zu

solcher Aufopferung entschlossen haben; aber ich habe die Politiker von Ehrlichkeit und Verstand nicht so dick gefäet gefunden, daß sie sich für berufen halten könnten, der Brentano'schen Politik als Musketiere zur Schutzwehr zu dienen.

Außer seinem eigenen Verdammungsurtheil über die bairischen Revolutionäre führt Heizinger auch noch das eines andern Flüchtlings an, der in dem Brief an eine Freundin schrieb, wie folgt:

Wenn in allen Ländern die Leute der Revolution so sind, wie in Deutschland oder in Baden, so geschehe ich, daß ich überhaupt nicht zum Revolutionär gemacht bin, daß ich mich zur Mitwirkung nicht eigne. Wenn jeder Schwärmer ein großer Mann ist, wenn jeder gemeine Kerl sich in einflußreiche Stellen drängen kann, wenn jeder Intrigant im Stande ist, das Verdienst zu beiseite zu schieben, wenn jede Entschiedenheit ein um so größeres Verbrechen ist, je nötiger sie geworden, wenn offenbare Verräther populäre Personen bleiben, wenn jeder Pflücker mit seinem Geburtschein mehr gilt, als Andere mit ihrem Geiste, wenn die Männer der Revolution durch deren unwürdige Leiter mehr bedroht sind, als die Männer der Reaction, wenn unter denen, welche am meisten die Freiheit, das Vaterland &c. im Munde führen, es vielleicht nicht einen gibt, dem es wirklich um die Freiheit und nicht um Stellen, Wichtigkeit &c. zu thun ist, wenn die Freiheit den Muth durch Hochmuth ersetzen kann, und der geistige Muth zur Karreheit gemacht wird, wenn die widerwärtigste Unbeglücktheit sich blähen kann auf Kosten der Intelligenz und Tüchtigkeit, kurz, wenn Verstand und Charakter da Fehler und Verbrechen sind, wo sie gerade recht am Platz wären, — dann wirst du zugeben, daß mehr als Verstand und Charakter dazu gehört, sich mit diesen deutschen Freiheitsleuten noch abzugeben und sich mit ihrer Beglückung zu beschäftigen. Ich fühle in der That, daß ich zu diesen Leuten nicht passe, und es ist mir, als könne ich unter ihnen nur existiren als unabhängiger Publizist, der, ohne auf den Beifall der Einzelnen verwiesen zu seyn, geistige Bomben in die Allgemeinheit hineinwirft.

Auch dieses Urtheil, so treffend es seyn mag, ist mit einer Härte ausgesprochen, welche mehr auf aristokratische Selbsterhebung, als auf demokratische Gleichstellung hinweist. Ein echter Demokrat muß sein Urtheil bescheiden dem des großen Hauses unterordnen, seinen Geist gefangen geben, seinen Verstand dem Unverstand unterwerfen; jedenfalls aber darf er niemals gescheiter oder besser seyn wollen, als die Masse, denn das „Volk“ ist souverän und hat niemals Unrecht.

Es ist wahr, seit Börne ist diese polternde Resignation mit herabschendem Schimpfen auf das Volk als angeblich demokratisch in die Mode gekommen; allein darin liegt nur ein Beweis weiter, daß diese nasenrührenden Revolutionsaristokraten dem eigentlichen Volke eben so fern stehen, als das Volk ihren raffinierten Verschrobeneheiten. Das Volk hat kein Verständniß für sie, und sie haben kein Herz für das Volk. Auch ist diese Börne'sche Wegwerfungsmannier von den praktischen Franzosen längst mit einer sehr triftigen Einwendung aus dem Felde geschlagen worden. Als Börne 1830 mit dem offenen Munde eines bewundernden Kleinstädters in Paris umzog, kam er sich ebenfalls geistreich vor, wenn er „fürnehm“ über das Volk schimpfte, hies aber das deutsche natürlich, und von dieser Art waren denn auch die Ergießungen, welche er als „Briefe aus Paris“ herausgab. Der „Figaro“ brachte eine Kritik dieses Buches, lobte den Verfasser, weil er „so ganz ein Franzose“ sey, nahm aber mit Recht Anstoß an dem logischen Widerspruch einer „Demokratie“, die sich über das Volk erhaben dünkte. Denn, sagte er, wenn in der That „Volk“ aus so pferdemäpigen Phylistern besteht, wie ihr sie da schildert: zu was Teufels verlangt ihr dann attische Konstitutionen für sie?

### Ein Deputirter gesucht.

Die Ulmer Chronik bringt in der Form einer Anzeige folgenden humoristischen Artikel:

Steinbeuren. (Offene Stelle.) Zu einem weltumtörenden Landtag wird ein tüchtiger Abgeordneter gesucht, der aber vor seiner Erwählung sein politisches Glaubensbekenntnis vor den Wählern abzugeben hat. Derselbe muß auf dem Landtag insbesondere dahin wirken, daß alles Bestehende abgeschafft wird, daß die armen Leute reich und die reichen arm werden, daß die Obrigkeit zu gehorchen hat, wenn das Volk befiehlt, daß die Beamten in ihren Kanzleien zwar arbeiten dürfen, aber das Volk bezieht das Einkommen, die Kapitalisten haben ihr Geld dem Volk zur Verfügung zu stellen, und die Schulmeister müssen über ihre Borgesezten gestellt werden. Die Pfarren haben Schule zu halten, bekommen aber hierfür Nichts. Die Steuern müssen für das Volk aufgehoben, diese hat der König allein zu bezahlen, und die Schulmeister haben das Volk erziehen zu lernen. Der Handwerkermeister darf nicht mehr arbeiten; es müssen ihm auf Kosten der Staatskasse Gesellen angestellt werden, damit der Meister die edle Zeit mehr dem politischen Leben widmen kann. Die Zeitungen müssen über Kaiser und König, und was in ihrem Gefolge ist, schimpfen, damit dem Volke Wein und Bier besser schmeckt, und es keine lange Weile bekommt. Es werden nun die Herren, welche Lust haben, sich um die Abgeordnetenstelle im Oberamtsbezirk Steinbeuren zu bewerben, eingeladen, sich am 1. Oktober d. J. auf dem neuen Rathhause zum Löwen einzufinden, wo ihnen dann das Weitere mitgetheilt wird. Steinbeuren, 22. Sept. 1849. Der Vorstand des Wahlkomitees.

### Deutschland.

3 Karlsruhe, 29. Sept. Stand der Cholerafranken in der Stadt Mannheim am 28. Sept.:  
Gesamtzahl der Cholerafälle seit 24. Aug. . . . 465  
Davon gestorben . . . . . 244  
Geheilt . . . . . 124  
368

Verblieben in Behandlung . . . . . 97.

3 Mannheim, 28. Sept. Es hat sich hier ein Frauenverein zur Hilfe und Pflege der an der Cholera erkrankten Armen gebildet, dessen Thätigkeit und Fürsorge mit persönlicher Aufopferung von Seiten mehrerer Mitglieder die höchste

Anerkennung verdient. Einige Damen besuchen täglich die Kranken, einige unterziehen sich persönlich der Pflege, andere besorgen die Krankenkost, wieder andere die Unterstüßung der Familien der Erkrankten &c. Der Verein steht unter Leitung zweier Kerze; aus der ganzen Stadt sind diesem Verein zahlreiche Beiträge zugeflossen, und es würde dankbar anerkannt, wenn auch von auswärtig demselben Unterstützung zu Theil würde. Weißzeug, Kleider, Decken, und dergleichen in vielen Haushalten im Ueberflusse vorräthige Gegenstände würden hier sehr zu Statten kommen. Denn das Elend, die Mutter dieser Krankheit, übersteigt hier und da wirklich jede Vorstellung, weshalb gerade jetzt bei dem Eintritt der kälteren Witterung Vorsorge zur doppelten Pflicht wird.

3 Heidelberg, 28. Sept. In der heutigen Nummer Ihres Blattes spricht ein Korrespondent von Mannheim von bevorstehender Einberufung unserer Landstände, und meint, es solle dieser Ruf an die noch nicht aufgelöste Kammer des verflorenen Frühjahrs ergehen. Dagegen wäre doch Allerlei zu erinnern. Die zuletzt versammelten Landstände gehörten zwar in ihrer Mehrheit nicht der Partei des Umsturzes an, allein es fehlte ihnen an festen leitenden Grundrissen, sie zeigten sich schwach in ihren Konzeptionen und waren unglücklich in ihren Gesetzgebungsversuchen. Die neuen Steuergesetze sind zum Schrecken des Landes in Vollzug gesetzt worden, und wir mühten es als eine Katastrophe, fast so groß wie die erst bewältigte Revolution betrachten, wenn andere bereits fertige Gesetze, wie die beabsichtigte Organisation der Verwaltung und die Geschworenengerichte, ins Leben treten würden. Auch haben die letzten Landstände am 14. Mai, wo es ihre heilige Pflicht gewesen wäre, als die wahren Vertreter des Volkes sich geltend zu machen, und die verlassenen Jügel der Regierung zu ergreifen, zur Rettung des Vaterlandes Nichts, gar Nichts gethan. Sie wagten es an jenem Montage nicht einmal, sich zu versammeln; nur der Abg. Böhme soll im Sitzungssaal erschienen seyn. Und wenn nun gar für die landesflüchtigen und ausgetretenen Mitglieder, für Brentano, Peter, Richter, und Konjorten, Ersatzwahlen angeordnet werden sollten, mühten wir nicht fürchten, daß zur Schmach und zum Unglück des Landes Männer desselben Geistes aus der Urne hervorgehen?

Der Geist der Urwähler ist noch nicht besser geworden, und er wird sich nie in dem Maße bessern und stärken, daß Ordnung und wahrhafte Fortbildung der Staatseinrichtungen neben dem allgemeinen Stimmrechte gesichert werden könnte. Es muß uns von oben geholfen werden. Wenn auf die Waffen die Wahlen folgen, und wenn diese nicht zugleich wieder vernichtet sollen, was uns jene gewonnen haben, so habe man den Muth, sich mit besseren Elementen zu umgeben, und dem nahe liegenden Beispiele folgend, ein anderes Wahlgesetz zu — oltroyiren.

3 Naßau, 29. Sept. Indem wir zur Vervollständigung unseres Berichts vom 26. d. M. in Nummer 230 der Karlsruher Zeitung über die Prozeßverhandlung des Leutnants Keiner die nachträgliche Mittheilung machen, daß das Urtheil mit 5 gegen 1 Stimme, jene des Präsidenten nicht gerechnet, gefällt wurde, bemerken wir zugleich in Bezug auf die thatsächlichen Verhältnisse, daß Leutnant Keiner, welcher den Dienst eines Adjutanten bei dem Major v. Sponeck versah, am 17. Mai mit dem 1. Bataillon des 3. Infanterieregiments in Karlsruhe eingerückt ist. Nachdem Major v. Sponeck das Kommando dieses Bataillons, welches nach Heidelberg marschirte, abgegeben hatte, blieb Keiner in Karlsruhe zurück. Major v. Sponeck hatte inzwischen vom sogenannten Landesauschusse seine Entlassung genommen, und als er Dies Hr. Keiner mit der Bemerkung eröffnete, daß er sich sofort an einen andern Ort begeben werde, erklärte Keiner, er würde ebenfalls gleich fortgehen, wenn er nur die Mittel besäße, um außer Landes leben zu können. Hierauf bemerkte ihm Major v. Sponeck, er solle zum Bataillon gehen und sehen, was dort zu machen sey. Zur Neckararmee zu gehen, hat ihm Major v. Sponeck nicht gerathen, und konnte ihm dieser Rath auch nicht gegeben werden, weil die Neckararmee damals noch gar nicht bestand. Endlich ist Keiner nicht vor dem Zeitpunkt, wo er den Major v. Sponeck um Rath gefragt, in Naßau und Karlsruhe gewesen, sondern er ist geradezu mit dem Bataillon in Karlsruhe eingerückt. Man ersieht aus diesen Mittheilungen, daß Major v. Sponeck keinerlei nachtheiligen Einfluß auf die Entschlüsse des Hr. Keiner ausüben konnte noch wollte, so wie daß Keiner eben auch, wie so mancher Andere, durch äußere Verhältnisse gezwungen wurde, sich einer Bewegung anzuschließen, die er im Herzen verdammt.

3 Stuttgart, 28. Sept. Das Geburtsfest des Königs wurde gestern in hiesiger Stadt und an vielen Orten des Landes festlich und freudig begangen. Im Hoftheater, wo zur Feier des Tages bei festlich beleuchtetem Hause die Oper „Templer und Jüdin“ gegeben wurde, erschien die ganze königliche Familie. Das gedrängt volle Haus empfing den König mit einem nicht enden wollenden Jubelruf. Heute fand in Kannstatt das Volksfest unter den gewöhnlichen Gebräuchen statt. Auch hier erschien der König und die ganze königliche Familie auf der für den Hof bestimmten Tribüne. Im vergangenen Jahr wurde dieses Fest unter dem Schutze von Kanonen und großen Truppenmassen abgehalten, und heute hatte es wieder das freundliche und durch die vielen Equipagen und die reichen Uniformen glänzende Aussehen.

Aus dem Oberamt Wablingen. (Schw. Merk.) Der Dreikönigswirth Reichle von Tuttingen sollte, wie wir hören, am 24. d. M. nach Beendigung seines Prozesses in der Tuttinger Angelegenheit in das Kreisgefängniß in Ulm zu Erfassung seiner Strafe abgeliefert werden; auf dem Wege von Wablingen nach Ebingen aber versuchte er, nachdem sein Anerbieten an den Zivilfondakteur aus Wablingen, ihm 100 fl. zu geben, wenn er ihn springen lasse, zurückgewiesen worden, zu entfliehen, und wurde von seinem Be-

gleiter durch einen Schuß zu Boden gestreckt, sofort wieder festgenommen und nach Ebingen in ärztliche Behandlung gebracht, wo es sich zeigte, daß er gegen 20 Stück Schrot in den Hintertheil erhalten hat. Ueber sein Befinden wissen wir nichts Näheres.

Ulm, 26. Sept. (Ulm. J.) In der Prozeßsache gegen Dr. Ludwig Seeger, Redakteur der Ulmer Schnellpost, war auf heute früh Tagfahrt von dem I. Kreisgerichtshof angelegt. Der Angeklagte erschien in Begleitung seines von ihm zum Verteidiger gewählten Bruders, Oberregierungsath Seeger von Stuttgart. Der Staatsanwalt, Oberjustizrath Graf Leutrum, gründet seine Anklage auf eine unterm 28. Juni in Nr. 147 der Ulmer Schnellpost abgedruckte autographirte Korrespondenz des Centralmährervereins, welche die letzten Tage und die Auflösung der Nationalversammlung bespricht, und trägt auf eine 9monatliche Feststrafe, Zahlung einer Geldstrafe von 90 fl., und Erstattung sämtlicher Kosten an. Nach 12 Uhr zog sich der Gerichtshof zurück, mit der Bemerkung, daß am Nachmittag um 4 Uhr das Urtheil verkündigt werden würde.

Halb 6 Uhr. Nach dem so eben gefällten Urtheil ist der Angeklagte wegen Beleidigung der Staatsregierung zu 6 Wochen Feststrafe, Zahlung von 50 fl., und zur Erstattung sämtlicher Kosten verurtheilt, dagegen von der Anklage auf Majestätsbeleidigung freigesprochen. Der Verurtheilte meldete sogleich den Refus an.

München, 26. Sept. (Bamb. J.) Die meisten Ausschüsse sind bereits in voller Thätigkeit, und fortwährend strömt ihnen neues Material zur Bearbeitung zu. Dagegen sind die Kammerbesprechungen nur sehr spärlich, da es an den nöthigen Vorlagen dazu fehlt. Es ist vielfach die Rede davon gewesen, die Kammer auf einige Zeit zu vertagen, um so den Ausschüssen Ruhe zu gewähren, ihre Arbeiten zu fördern. Neben der Kostenersparniß kommt dabei auch der Umstand in Betracht, daß die Mitglieder der Ausschüsse, besonders solche, die bei mehreren Ausschüssen zugleich verwendet sind, später, wenn täglich Sitzungen stattfinden, über die Gebühr angestrengt sind, so daß ihnen kaum Zeit übrig bleibt, auf die ihnen übertragenen Referate jenen gründlichen Fleiß zu verwenden, welchen die Wichtigkeit der Sache erfordert.

In der jüngsten Zeit haben zwischen dem hiesigen und Wiener Kabinett lebhaftere Verhandlungen bezüglich der deutschen Frage stattgefunden. Ueber die österreichischen Absichten hat indeß noch Nichts verlautet. Wahrscheinlich wird der Ausschuss über die deutsche Frage vom Ministerium Aufschlüsse darüber verlangen, welche Schritte von der bayrischen Regierung geschehen sind, um der österreichischen Politik auf den Grund zu kommen.

Regensburg, 25. Sept. (R. J.) Heute begann, im Anschluß an die Versammlung der Naturforscher, die zweite Versammlung der deutschen Geologen. In derselben wurde die Herstellung einer geognostischen Karte Deutschlands beschlossen.

Frankfurt, 28. Sept. (Deutsche J.) Heute Morgen, mit dem ersten Bahzuge der Main-Neckar-Eisenbahn, ist das 1. und 2. Bataillon des preussischen 12. Landwehrregiments auf dem Rückmarsch in die Heimath hier eingetroffen; das Füsilierbataillon desselben Regiments wird in einigen Tagen nachfolgen.

Frankfurt, 28. Sept. Es sind in der jüngsten Zeit von der Presse lebhaftere Befürchtungen geäußert worden, als wolle die preussische Regierung plötzlich von derselben Politik abgehen, der sie bisher mit Konsequenz und nicht ohne Erfolg nachgegangen ist. Fürcht man nach den Ursachen dieses Mißtrauens, so erhebt, daß sich dasselbe hauptsächlich an Gerüchte knüpft, welche über den Gegenstand einer von Hr. v. Biegeleben geführten Unterhandlung in das Publikum gekommen sind. Ohne irgenwie zu den Eingeweihten zu gehören, glauben wir doch durch eine ruhige Betrachtung Desjenigen, was bekannt geworden ist, und was man als richtig anzunehmen allen Grund hat, Einiges zur Beruhigung der öffentlichen Meinung beitragen zu können.

Hr. v. Biegeleben hielt sich bis gegen Ende August in Berlin auf, und als er diese Stadt verließ, schien eine Art von Einverständnis zwischen ihm und der preussischen Regierung über die Begründung einer neuen provisorischen Zentralgewalt erzielt zu seyn. Worin dieses Einverständnis bestand, ist bis jetzt nicht bekannt geworden; nur so viel versichert die Organe der Berliner Presse, die für ministeriell gelten, daß Preußen auf dem Prinzip bestanden habe: es dürfe die neue Zentralgewalt in keiner Weise der Entwicklung des Bundesstaates hinderlich seyn, und ihre Befugnisse müßten sich lediglich auf eine Leitung der notwendigsten Bundesgeschäfte, für welche es zur Zeit keine allgemein anerkannte höchste Bundesstelle gibt, beschränken.

Hr. v. Biegeleben begab sich über München nach Wien. Bald darauf veröffentlichte eine in Bayern erscheinende Zeitung den Entwurf zu der fraglichen neuen provisorischen Zentralgewalt, von dem dann die Inbependanz belge behauptete, daß ihm Oesterreich seine Zustimmung gegeben habe. Dieser Entwurf enthält in 7 Artikeln folgende, im Allgemeinen wohl als die wichtigsten zu bezeichnenden Punkte:

- 1) Bildung einer Bundeskommission aus zwei österreichischen und zwei preussischen Mitgliedern.
- 2) Uebertragung der dem engern Bundesrathe früher zustehenden Befugnisse an diese Kommission unter dem Vorherrsche Oesterreichs.
- 3) Schiedsrichterliche Entscheidung durch die königlichen Regierungen, im Fall eine Stimmenmehrheit in der Bundeskommission nicht zu erzielen wäre.
- 4) Beglaubigung von Bevollmächtigten sämtlicher deutschen Staaten bei der Kommission.
- 5) Uebertragung der gesammten Bundesgewalt an den Kaiser von Oesterreich und den König von Preußen, um von ihnen als Gemeingut der ganzen Nation bis zur definitiven Regelung der deutschen Verhältnisse bewahrt zu werden.

Das über alle diese Punkte mit Hrn. v. Biegeleben in Berlin kein Einverständnis bestanden hat, kann man wohl als gewiß annehmen, denn es ist nicht zu verkennen, daß, wenn Preußen auf diese Vorschläge eingeht, die Bildung des Bundesstaates zur Unmöglichkeit wird. Durch Annahme des 3. Punktes würde es sich mit einer solchen Kommission sogar noch schlimmer stellen, als es im alten Bundestage stand. Das dagegen Oesterreich und die zu ihm haltenden königlichen Regierungen die Annahme solcher Vorschläge Seitens Preußens wünschen, wollen wir nicht bezweifeln; denn der angebliche Verlust, den diese Mächte erleiden würden, indem sie den ausschließlichen Besitz der Zentralgewalt durch Oesterreich aufgeben, wäre, wie sich Das in der letzten Zeit herausgestellt, durchaus illusorisch. Das feste und entschiedene Auftreten des Berliner Kabinetts und namentlich auch des Prinzen von Preußen hat dem Reichsministerium selbst die Gelegenheit zum Intrigüiren, wofür es so viel natürliche Anlage besitzt, entzogen.

Aber auch alle diejenigen Anzeichen, an denen man die Haltung des Berliner Kabinetts sonst zu erkennen gewohnt ist, alle angeblich halbamtliche Aeußerungen der Regierung stimmen darin überein, daß die jüngst Seitens Oesterreichs in Berlin gemachten Vorschläge wegen Bildung einer neuen provisorischen Zentralgewalt abgelehnt sind. Es liegt also hier nicht der mindeste Grund zu der Befürchtung vor, daß das preussische Ministerium den Bundesstaat aus reiner Vorliebe für eine Vereinigung mit Oesterreich durch Annahme jener oben näher bezeichneten Punkte kompromittirt habe. Vielmehr versichern sonst gut unterrichtete Blätter, daß die neuen nunmehr von Berlin aus gemachten Vorschläge fest an dem Grundsatz halten, daß durch eine etwa mit Oesterreich zu bildende Zentralgewalt der Entwicklung des Bundesstaates keinerlei Hindernisse bereitet werden dürfen. Wir müssen gestehen, daß wir hiervon auch ohne die Versicherung jener Blätter überzeugt gewesen wären, denn die gegenwärtige preussische Regierung hat bis jetzt noch keinen Anlaß zu einem so ungerechten Mißtrauen, wie es nun hier und da laut wird, gegeben.

Eine ganz andere Frage wäre freilich die, ob es überhaupt im Interesse von Preußen liegt, sich auf eine Verhandlung über die Bildung einer neuen provisorischen Zentralgewalt einzulassen, da es ja bereits seine in hohem Grade zuvorkommenden, in Wien aber abgelehnten Vorschläge über das Definitivum gemacht hat und sich faktisch in Deutschland in einer so günstigen Lage befindet, daß es für sich und für seine Interessen, so wie für Erzielung einer Einigung Deutschlands im Sinne des Entwurfs vom 28. Mai von einer neuen höchsten Bundesbehörde keinerlei Vortheile erwarten kann. Wir glauben nicht, daß man ohne eine genaue Kenntniß der europäischen Verhältnisse diese Frage entscheiden kann; Das aber dürfte wohl eine dem Unbefangenen sich aufdringende Erwägung seyn, daß der freundschaftliche Verkehr mit dem Auslande, die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der deutschen Frage ohne Einmischung der auswärtigen Mächte in dieselbe, auf der gewissenhaften Anerkennung beruht, die Preußen bisher den Verträgen von 1815 gezollt hat. Diese Verträge und namentlich die Bundesakte legen den Bundesstaaten allerdings die Verpflichtung auf, in jeder Weise zur Erhaltung des Bundes mitzuwirken. Wenn das preussische Ministerium daher aus diesem Gesichtspunkte seine Beteiligung an der Bildung einer die Bundesgeschäfte ganz provisorisch leitenden Behörde nicht entzieht, so kann man wohl annehmen, daß wahrhaft politische und patriotische Gründe dafür sprechen.

**Draids bei Mainz, 26. Sept. (M. Z.)** Gestern wüthete die Druisepathie dahier wirklich pestartig; sie ergriff Menschen aus verschiedenen Ständen, Wohlhabende wie Arme, ohne vorhergegangene Diätfehler, in Scheuern, auf der Straße, an allen Stellen des Dorfes, auch muntere Gesellschaften, welche beim Glase Wein der Seuche spotteten; einer derselben erlag binnen wenigen Stunden. Sogar ein hiesiger Arbeiter, der den ganzen Tag in Mainz gearbeitet hatte, wurde bald nach seiner Ankunft dahier von der Krankheit ergriffen. Gegen Abend schien die Heftigkeit der Seuche nachzulassen. Binnen 12 Stunden raffte dieselbe 4 Dpfer weg; erkrankt sind noch etwa 20 Personen, — bei einer Bevölkerung von 300 Seelen.

Heute früh 7 Uhr scheint die Krankheit wieder heftiger. Eine Person ist wieder erlegen; einige neue Krankheitsfälle sind hinzugekommen.

**Offenbach, 25. Sept. (D. V. A. Z.)** Nachträglich habe ich zu berichten, daß das 4. hessische Infanterieregiment bei seiner Rückkehr aus Baden hier ehrenvoll und freundlich empfangen wurde. Die meisten Häuser der Straßen, welche das Regiment zu passieren hatte, waren mit Fahnen und Teppichen geschmückt. Der Stadtvorstand und der Befehlshaber der Bürgerwehr begrüßten am Reichthum der Stadt das Regiment; Oberst v. Weisershausen dankte in dessen Namen. Die Bürgerwehr hatte sich in Parade aufgestellt. Tags darauf marschirte das 2. Bataillon nach seiner Garnison Friedberg; das 1. Bataillon, dessen Garnison hier ist, wurde in der Kaserne reichlich bewirthet. Am folgenden Tage war ein Festessen im schon geschmückten Saale des Darmstädter Hofes, wozu sämtliche Offiziere als Ehrengäste geladen waren.

Sicherem Vernehmen nach wird vom 15. Oktober an endlich unsere Eisenbahn auch auf der Strecke befahren werden, die von Sachsenhausen in den Neckar-Bahnhof führt.

**Hamburg, 17. Sept. (Deutsche Z.)** Seit dem Pfingstsonntag vorigen Jahres haben die in Mexiko lebenden Deutschen aller Stände einen Verein gegründet, dessen Statuten eben in Hamburg gedruckt wurden. Der Verein führt den Namen: „das deutsche Haus in Mexiko“, und der Zweck seiner Errichtung ist, landmannschaftlich, treu, hiebei, und herzlich mit einander zu seyn, mit Rath und That in gemeinschaftlichen Angelegenheiten zusammen zu wirken, und wie die Stunden des Ernstes und der Erhebung, so auch die der Freude und Erholung mit einander zu

theilen. Alle Angelegenheiten, welche die Gesamtheit der in Mexiko lebenden Deutschen betreffen, werden gemeinschaftlich berathen. Der bei der Republik beglaubigte deutsche Gesandte ist Ehrenmitglied des Vereins und Protector desselben.

**Glückstadt, 23. Sept. (S. N.)** Den vor einigen Wochen abgegangenen Kanonenböten ist gestern die „zum Schutz der Unterelbe“ während des Krieges hier stationirt gewesene Reichsfregatte „Deutschland“ gefolgt, und heute Morgen verließ das Kriegs-Dampfsboot „Bremen“ ebenfalls unsere Röhre.

**Kiel, 22. Sept. (Nord. fr. Pr.)** Während sich an vielen Orten in den Herzogthümern noch die Meinung erhält, der Krieg mit Dänemark werde allernächstens wieder aufgenommen werden, tritt eine zahlreiche Beurlaubung beim schleswig-holsteinischen Militär ein. Bei jedem Bataillon werden nur ungefähr 690 Mann im Dienst bleiben.

**Berlin, 22. Sept. (D. V. A. Z.)** Die Aufmerksamkeit der Behörden richtet sich jetzt namentlich auf die Schullehrer, da man den verderblichen Einfluß vieler derselben auf die Jugend nicht länger ohne entschiedenes Entgegentreten wälten lassen will. Nach der neuesten Verfügung, die an sämtliche Regierungen und Schulkollegien ergangen ist, soll auf die Haltung der Schullehrer auch außerhalb ihres Wirkungskreises ein wachsameres Auge von Seite der Vorgesetzten gerichtet werden. Liegen hinreichende Gründe und Thatsachen vor, so sollen die betreffenden Schullehrer sofort vor das Disziplinargericht gestellt werden, welches darüber zu entscheiden hat, ob der Unterricht und die Erziehung der Jugend noch fernern ohne Gefahr in den Händen derselben belassen werden könne.

Hier in Berlin haben sich in mehreren Stadtbezirken die Bürger selbst gegen das Unwesen städtischer Schullehrer erhoben, und wollen in Betreff dieses Gegenstandes eine Eingabe an den Magistrat machen, da sie erklären, ihre Kinder nicht länger „moralischen Gistanstalten“ übergeben zu können. Dieses Erheben der Bürger gegen die einzelnen wüthendsten Schullehrer scheint sich in unserer ganzen Hauptstadt vorzubereiten, da von einigen Stadtbezirken eine Auforderung an die sämtlichen übrigen Stadtbezirke ergangen ist, in ernste Erwägung zu ziehen, wie dem Unwesen auf eine wirksame Weise gesteuert werden könne.

**Berlin, 27. Sept.** Der Verfassungsausschuß der Zweiten Kammer hat über die beabsichtigte Zusammensetzung der Ersten Kammer einen Beschluß gefaßt, wonach die Zahl der Mitglieder von 180 auf 240 erhöht, und zwei Drittel davon von den künftigen Kreisvertretungen, ein Drittel aber von den 200 höchstbesteuerten Grundbesitzern jeder Provinz gewählt werden soll.

Die Erste Kammer hat nach unserer Auffassung die Hauptaufgabe, das historische Prinzip im Staate und im Volke zu vertreten. Dazu bedarf sie vorzugsweise stabiler Elemente. Ist sie so gebildet, dann wird sie zugleich auch die andern Aufgaben lösen, nämlich als zweite Instanz die Beratungen der andern Kammer zu moderiren, und endlich als ein Mittelglied zwischen den Interessen der Krone und den Forderungen der Masse zu stehen. Diese Stellung wird jedoch durch obigen Beschluß eher erschwert, als befördert werden; denn nach dem uns vorliegenden Entwurfe der Kreis- und Bezirksordnung wird die Kreisversammlung aus den Vertretern der Gemeinden gewählt, die Wahl der Gemeindevertreter liegt aber nach dem ebenfalls veröffentlichten Entwurf zur Gemeindeordnung auf mindestens eben so breiter Grundlage, als die Wahl für die Zweite Kammer.

Da für die Kreisvertretung zugleich jeder Gemeinbewähler, wenn 30 Jahre alt, wählbar ist, so begreifen wir nicht, wie man aus der Mitte dieser Wahlmänner eine im geringsten von der Wahl zur Zweiten Kammer verschiedene Wahl hervorgehen zu sehen hoffen kann.

**Stralsund, 22. Sept. (Disee.)** In unserer Flotte hat eine vielfache Veränderung in Betreff der verschiedenen Stationen stattgefunden; diese Verlegungen dauern noch ununterbrochen fort, um damit vor Beginn des Winters zu Stande zu kommen. Dieselben scheinen eine Regulirung und verhältnißmäßige Vertheilung unserer Flotte zu bezwecken, indem die während des dänischen Krieges hier und dort zum Schutze der Küsten aufgestellten Schiffe in denselben Häfen, welche zur Aufnahme der Marine bestimmt sind, vorläufig ihre festen Stationsplätze erhalten. Stralsund, welches gleichfalls dazu ausersehen ist, hat demzufolge schon 21 Kanonenböte zugewiesen erhalten; außer diesen werden jedoch in den nächsten Tagen noch 11 Kanonenböte hinzukommen, die gleichfalls hier überwintern sollen. Wir haben somit in unserm Hafen eine recht stattliche Flotte von Kanonenböten, die bei geeigneter Gelegenheit schon etwas ausgerichten kann.

Die Mannschaften dieser Flotte gehen sehr nett und zweckmäßig bekleidet. Sie tragen, wenn sie auf der Straße erscheinen, eine blaue Matrosenjacke von gutem Luche nebst gleichfarbigen Beinkleidern, und als Kopfbedeckung einen kleinen Hut mit den messingenen Zeichen K. M. (königliche Marine). Es sind fast durchgehends schlanke, wohlgebauete, und kräftige Gesalten. Die Offiziere tragen einen Leberrock nebst Epauletten und blaue Beinkleider. Außerdem tragen sie als Abzeichen an der linken Seite in einer Scheide eine Art „Dolch“ mit einem Griff, der an einer feinen Kette von Messing, welche an dem Leibgurt befestigt ist, hängt. Mit dem Benehmen unserer Seeleute sind wir sehr zufrieden.

**Wien, 25. Sept. (Dess. Lloyd.)** Die Insurgenten in Komorn haben die ihnen gestellten Bedingungen nicht angenommen, und wollen sich bis auf den letzten Mann vertheidigen. Sie hielten am 22. großen Kriegsrath in der Festung mit sämtlichen Offizieren, und die am 22. in Aes gewesenen Parlamentäre brachten das Ultimatum. Es werden daher alle Anstalten zur ernstlichen Belagerung getroffen. Nach den angelangten Nachrichten herrschen zwei Parteien in der Festung, und

der größte Theil der Mannschaft ist noch in Unkenntniß über die wahre Sachlage. Ueberläufer sagen aus, daß großer Mangel an Heu herrsche. Die günstigeren Bedingungen, die der Komorner Besatzung gestellt waren, sollen auf Landesverweisung der kompromittirtesten Anführer und Konfiskation der vorhandenen Güter lauten.

Für das neue Anlehen waren auf hiesigem Plage gestern Abend bereits 10 Millionen unterzeichnet.

### Frankreich.

† **Paris, 27. Sept.** Die mitunter gut unterrichtete „Liberte“ gibt folgende neue Ministerliste als „sehr wahrscheinlich“: Thiers, Ministerpräsident ohne Portefeuille; Baroche, Justizminister; v. Falloux, Minister der auswärtigen Angelegenheiten; Leo Faucher, Minister des Innern; Benedikt d'Alzy (von der äußersten Rechten), Finanzminister; v. Montalembert, Minister des öffentlichen Unterrichts; Kuhlère, Kriegsminister; v. Montebello, Seeminister; Denjoy (Legitimist), Minister der Staatsbauten; v. Morny, Minister des Handels und des Ackerbaues. In diesem Ministerium wäre die sogenannte Mittelpartei Dufaure's oder die Partei der gemäßigten Republikaner gar nicht vertreten.

General Lamoricière, außerordentlicher Gesandter der französischen Republik bei dem Kaiser von Rußland, wird nächstens in Paris zurück erwartet.

Seit zwei Tagen kommen zahlreiche Abtheilungen süddeutscher Auswanderer nach Paris, die sich über Havre nach Südamerika begeben.

Am 1. November wird auch für die Kirchenprovinz von Tours ein Konzil in Rennes eröffnet werden, dem 80 Mitglieder, worunter 11 Bischöffe, beiwohnen sollen.

### Vermischte Nachrichten.

— Der waadtländische Nouvelliste bemerkt, er sey getäuscht worden, als er berichtete, die Italia del popolo werde nicht erscheinen. Die erste Nummer dieser Zeitschrift, ein kleines Bändchen, sey vielmehr bereits erschienen.

— Die Londoner „Medical Gazette“ meldet, ein Dr. Brittan in Bristol habe durch eine Reihe mikroskopischer Beobachtungen das feste Vorhandenseyn gewisser eigenthümlicher, bisher unbekannter Körperchen als charakteristische Bestandtheile der Ausleerungen von Choleraerkranken entdeckt, und ähnliche Körperchen auch in der Atmosphäre zur Cholerazeit vorgefunden. Ausgezeichnete mikroskopische Pathologen von London sollen die Ergebnisse der Beobachtungen Dr. Brittans vollkommen bestätigen, und sie als sehr wichtig zur Erforschung der Krankheit ansehen.

— In einem amerikanischen Blatte wird aus Anlaß der Cholera gemeldet: „Dr. Duncan, der eine Pflanzung am Mississippi besitzt, hat 91 Reger an der Cholera verloren. Sein übriger Viehstand (his other cattle) war bei gewöhnlicher Gesundheit.“ Dies ist das Land der Freiheit und der Menschenrechte!

— Die Neue preussische Zeitung erzählt: Oberst Blesker wurde dieser Tage in seinem Schwärze Anzug von einem Freischärler aufgesucht, der unter Blesker u. Komp. gedient hatte, und nun kam, das Handwerk zu grüßen. Der Nachzügler begehrte nichts Geringeres, als daß der Pr. Oberst alles Geld, was er aus Baden über die Gränze nach der Schweiz ausgeführt habe, mit ihm theile. Natürlich fand Blesker diese kommunistische Zumuthung sehr komisch, und fragte: „Theilen? Wie so?“ — „Haben Sie denn nicht geschworen“, war die Antwort, „Gutes und Böses brüderlich mit uns zu theilen? Das Geld, das Sie glücklich über die Gränze gebracht, ist das Gute. Also theilen wir brüderlich!“ — Und wirklich ging der Theilnehmer an der Durchführung der Reichsversammlung in Baden nicht eher, als bis Blesker einige Thaler hatte springen lassen, die Jener „auf Abschlag“ einstrich, sich die Adresse der übrigen in die Schweiz geflüchteten Führer ausbittend, um ihnen gleichfalls seine Aufwartung zu machen.

— Briefe aus dem Süden Ungarns erzählen schauerhafte Geschichten von räuberischen Anfällen gegen harmlose Reisende. Zwei junge deutsche Lithographen wurden in der Nähe von Lugosch auf schauerliche Weise von den Wallachen ermordet. Es wird längerer Zeit und sehr energischer Maßregeln bedürfen, den Sinn für Gerechtigkeit in diesem Lande heimisch zu machen.

Für die verwundeten k. preussischen und Reichstruppen sind von dem katholischen Pfarrer Thennendronn 4 fl. eingegangen, wofür dankbar bescheinigt.  
Karlsruhe, den 29. September 1849.  
Großk. Kriegsministerium.  
(Gez.) v. Roggenbach.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

Sept.	Barom.	Thermometer	Hygrometer.	Wind.	Beobachtung.	Regen- u. Schneef.	Verdunstung.	Quittend.
7h	+	7h min.						
2h		2h max.						
9h	27"	9h med.						
7.	10.8	10.8	10.3	83	NO	2	—	4.1
	10.1	20.6	20.6	45	NW	4	—	4.8
	10.8	13.0	14.6	70	N	3	—	4.1
Dunst, unterbrochen heiter — Abends Wetterleuchten.								
8.	10.7	10.4	8.1	79	N	6	—	3.8
	10.6	17.0	17.0	47	N	4	—	3.8
	10.7	11.4	12.2	73	N	0	—	3.8
unterbr. heiter — Abends heiter.								
9.	10.0	7.8	6.6	80	N	0	—	3.2
	9.0	16.6	16.6	49	W	0	—	3.9
	7.8	12.1	11.8	79	W	0	—	4.4
Dunst, heiter.								
10.	7.3	9.8	9.0	82	W	9	—	3.8
	6.1	18.2	18.4	55	W	1	—	4.9
	4.8	14.6	14.0	74	SW	5	—	5.0
durchbr. trüb — heiter — unterbr. heiter.								
11.	3.4	13.8	12.4	80	NO	7	1.7	5.1
	2.7	20.2	20.5	54	SO	3	—	5.6
	4.0	13.2	15.4	67	SW	8	11.5	4.0
durchbr. trüb — Nacht etwas Reg. — Regentropfen, unterbr. heiter — trüb, vorh. Regen.								

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Giesne.

